

TÜRKEI

Operation F-Typ



Rabiates Ende einer Gemeinschaftszelle: das Istanbuler Gefängnis Bayrampasa nach dem Angriff türkischer Sicherheitskräfte.

31 Menschen starben bei der Erstürmung der türkischen Gefängnisse. Doch der Staat hat sein Ziel erreicht: Nach dem Hungerstreik müssen die politischen Gefangenen in Isolationshaft.

"Der Sieg ist nah, eine Frage des Augenblicks. Jetzt werden unsere Helden mit ihrem Martyrium sprechen. Sehr bald", so ließ die Gefangenenorganisation der DHKP/C wissen, "werden wir unsere Helden auf eure Schultern legen." Man sprach von Sieg und meinte den Tod und der ließ tatsächlich nicht lange auf sich warten. Einen Tag später, am 19. Dezember, dem 60. Tag des Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen, stürmten Sondereinheiten von Polizei und Armee zwanzig Knäste. Die Bilanz: 31 Tote - 29 Inhaftierte und zwei Sicherheitskräfte.

Etwa 250 Gefangene befanden sich damals im Todesfasten, das die linken Organisationen DHKP/C, TKP(ML) und TKIP Mitte Oktober begonnen hatten, um gegen die Einführung der "F-Typ" genannten Isolationsgefängnisse zu protestieren. Rund 1100 weitere Häftlinge, auch Mitglieder andere linker Gruppen, waren zu diesem Zeitpunkt im Hungerstreik.

Noch eine gute Woche vorher schien eine Verhandlungslösung möglich, nach dem sich eine Gruppe von Intellektuellen als Vermittler eingeschaltet hatte.

Justizminister Hikmet Sami Türk erklärte sich bereit, die Verlegung der Gefangenen aufzuschieben. Angesichts des staatlichen Plans, die großen Gemeinschaftszellen mit bis zu vierzig Insassen durch Ein- bis Drei-Personenzellen zu ersetzen, erschien den Hungerstrei-

kenden diese Absichtserklärung allerdings zu vage. Sie forderten den dauerhaften Verzicht auf die Isolationsgefängnisse.

Zudem verschärfte sich die Situation, nachdem Mitglieder der TKP(ML) einen Polizeibus in Istanbul angriffen und zwei Beamte erschossen. Landesweit kam es zu Demonstrationen von Polizisten, vermutlich organisiert von Aktivisten der mitregierenden faschistischen MHP. Von nun an wurden Kontakte der Gefangenen zu ihren Anwälten und Angehörigen unterbrochen und Vermittler nicht mehr zugelassen. Auf der anderen Seite erklärte die DHKP/C, "gegen alle Attacken auf unser Todesfasten werden wir die Gefängnisse zu lodernden Fackeln und unsere Körper zu Flammen der Revolution verwandeln." Eine Steilvorlage, die sich die Spezialisten für psychologische Kriegsführung im Staatsapparat nicht entgehen ließen.

Nervengas und Schockgranaten gegen Gefangene

Die "Operation Rückkehr ins Leben" genannte Aktion nahm ihren Lauf: Bagger zertrümmerten die Außenwände der Gefängnisse, Sicherheitskräfte schlugen mit Vorschlaghämern die Zellendächer ein. Bis zum Abend jenes 19. Dezember waren fast alle verbarrikadierten Zellen gestürmt. Folgt man regierungsamtlichen Angaben,

so sollen Mitgefangene die Inhaftierten erschossen oder diese sich selbst verbrannt haben. Der einzige Beweis: Ein über sämtliche Fernsehkanäle verbreiteter angeblicher Mitschnitt eines Telefonats zwischen Gefangenen aus den Knästen Bartin und Istanbul-Bayrampasa. Aus Bayrampasa sei demnach per Handy der Befehl zur Selbstverbrennung ergangen. Nach Hintergrundgeräuschen aber lauscht man auf der Aufzeichnung vergebens. Zudem erklärte der Musiker Zülfü Livaneli, der als Mitglied der Vermittlergruppe kurz

haben die Herrschaft über die Gefängnisse wiedererlangt." Damit hat der Staat sein primäres Ziel erreicht. Wenn es nun gelingt, die neuen Knäste auch international als modernen Strafvollzug zu verkaufen, hat Ankara ein Problem weniger: Keine Beschwerden mehr aus dem Ausland, keine Organisation der Gefangenen.

Hungerstreik geht weiter

Für die Linke aber ist dies der verheerendste Schlag seit dem Militärputsch von 1980. Die Strukturen in den Gefäng-

nissen sind zerstört. Die politische Niederlage: Selbst die Militärjunta hatte ein derart rabiat-tes Vorgehen gescheut. So konnten Gefangene etwa beim Hungerstreik 1984 nach vier Toten eine Vereinbarung mit der Regierung durchsetzen.

Dass es diesmal ungleich brutaler zugeht, ist nicht allein mit der Regierungsbeteiligung der MHP zu erklären. Vielmehr sind die 20 Prozent der Stimmen, die die Faschisten auf die Regierungsbänke hievt, wie auch der Wahlerfolg von Ministerpräsident Bülent Ecevit nicht minder autoritär-nationalistischer DSP ein Ausdruck davon, dass sich weite Teile der Bevölkerung mit der Staatsideologie identifizieren. Der Staat konnte also ohne nennenswerte Legitimationsprobleme agieren. Hingegen verirren sich auf den vergleichsweise spärlichen Protestaktionen linker und kurdischer Organisationen, Menschenrechtsvereinen und Gewerkschaften meist nur wenige Hundert Leute. Viele Kundgebungen konnten von der Polizei gewaltsam aufgelöst werden.

Während sich inzwischen 2.000 linke Gefangene zum Teil seit 70 Tagen im Hungerstreik befinden, begann eine andere Art von Knasträumung. Im Zuge eines Straferlasses wurden letzte Woche Häftlinge vorzeitig entlassen. Zwar bleiben politische Gefangene hiervon ausgeklammert, dafür dürfen sich rund 35.000 Inhaftierte, darunter faschistische Killer, über ihre Freiheit freuen. Der Platz wird gebraucht: Noch während die Angriffe liefen, bestätigte das Berufungsgericht die Strafen gegen eine Gruppe von Jugendlichen. Sie hatten bei einer Protestaktion in Izmir ein Parteibüro besetzt. Das Urteil: Zwischen fünf und zwölf Jahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Es ist eben immer noch der Staat, der die Märtyrer produziert.

Deniz Yücel

Deniz Yücel ist freier Autor und lebt in Berlin.

Avis

Mitteilung der Zoll- und Akzisenverwaltung an alle die ein Schankwirtschaftsrecht besitzen oder betreiben.

Betrifft: Jahrestaxe 2001

Die für die Betreibung einer Schankwirtschaft im Jahre 2001 geschuldete Taxe ist bis zum 31.Januar 2001 beim zuständigen Zoll- und Akzisenamt zu entrichten. Nach diesem Datum kann für jeden Ver-spätungstag ein Zuschlag

von 10% der geschuldeten Taxe erhoben werden.

Das nicht vollständige Bezahlen der Taxe und der Zuschläge vor dem 1. Januar 2002 zieht das Erlöschen des Schankwirtschaftsrechtes, auf Grund dessen der Ausschank betrieben wurde, nach sich.

Von der Taxe befreit sind alle Geschäftsleute, die keine Schankwirtschaft betreiben, sondern nur dem Handel mit alkoholischen Getränken nachgehen, wie zum Beispiel die Gemischtwarenhändler, die Getränkehändler, die Tankstellen, die Winzer, die Brenner, die Brauereien.

Von der Taxe befreit sind ebenfalls die Restaurationsbetriebe, die ohne Schankwirtschaftsrecht betrieben werden. Diese Betriebe dürfen aber bei den Mahlzeiten kein Bier oder andere alkoholische Getränke anbieten, mit Ausnahme der Betriebskantinen im Sinne von Artikel 15 des Gesetzes vom 29. Juni 1989, welches das Schankwirtschaftsrecht neugestaltet (abgeändert durch das Gesetz vom 27. Juli 1993), denen es erlaubt ist während den Mahlzeiten Bier und Wein zu verkaufen.